

2007-10-23

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 10.10.2007

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Sitzungsort: Raum 228

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Koschig eröffnete die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder des Gremiums sowie dessen Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.09.2007

Die Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses fand einstimmige Genehmigung.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Koschig gab die in der Sitzung am 05.09.2007 im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt.

5. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

5.1 Kurzanalyse der Ursachen für die Ergebnisse der Jahresrechnung 2006 im Haushaltsvergleich Vorlage: DR/IV/014/2007/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.2 Öffentliche Anfragen und Informationen

- **Herr Pätzold** bezog sich auf die Anforderung an die Ortschaftsräte, zu dem zugesandten Vermögenshaushalt Stellung zu nehmen. Er legte Veto ein, dass die Haushaltsstelle 08 gestrichen wurde. Sich ebenfalls auf diesen Sachverhalt beziehend, erklärte Herr Dreibrod, auch dem Ortschaftsrat von Meinsdorf seien die Unterlagen übergeben worden. Er habe erhebliche Differenzen zwischen der Planung und dem Entwurf für 2008 festgestellt und auch bereits eine schriftliche Meldung gemacht. Allerdings kritisiere er entschieden die sehr kurze Terminstellung.

Frau Beigeordnete Nußbeck erklärte, es handele sich um eine fehlgeleitete Information und der angegebene Termin sei nicht verbindlich. Die Unterlagen sollten zur Plausibilitätskontrolle an die Fachämter und noch nicht an die Ortschaftsräte gehen. Es gebe noch enormen Abstimmungsbedarf, bemerkte **Herr Bürgermeister Gröger** und fügte an, dies wurde bereits in der Dienstberatung ausgewertet.

Es könne nicht schaden, wenn ein evtl. Fehler, den Herr Pätzold ansprach, dem Amtsleiter mitgeteilt wird, empfahl **Herr Oberbürgermeister Koschig**.

- Seitens des Landesverwaltungsamtes wurde per Fax die Bestätigung gegeben, dass zu der Genehmigungsverfügung zur Hauptsatzung vom 12.09.2007 ein ordnungsgemäß gefasster Beschluss von der Stadt Dessau-Roßlau vorgelegt wurde, informierte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Damit wurde die erteilte Auflage erfüllt und die Hauptsatzung kann ausgefertigt und veröffentlicht werden.

6. Beschlussfassungen

6.1 Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2006 Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden Haushaltsausgabereste Feststellung des Ergebnisses Vorlage: DR/BV/073/2007/II-20

Auf Anfrage von Herrn Giese-Rehm zum Inhalt der Beratung dieser Vorlage im Finanzausschuss, berichtete **Herr Bönecke**, Vorsitzender dieses Ausschusses, darüber. Frau Nußbeck hatte die Zusammensetzung der einzelnen Positionen und wie es zu den entsprechenden Ausgaberesten kam, erläutert. Der Finanzausschuss hat mit 8:0:1 Stimmen die Vorlage bestätigt.

Es seien im Rückblick die niedrigsten Haushaltsreste, gab Frau Nußbeck zu bedenken. Darauf hin erklärte Herr Giese-Rehm, er begrüße dies ausdrücklich.

Der Hauptausschuss stimmte der Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

6.2 Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2006 Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: DR/BV/079/2007/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau (Hebesatzsatzung)
Vorlage: DR/BV/180/2007/II-20

Einführend stellte **Frau Beigeordnete Nußbeck** dar, die Satzung habe zum Vorjahr nur die Veränderung, die das Haushaltskonsolidierungskonzept vorsieht, die Anhebung bei der Grundsteuer und in den Folgejahren 2009-2011 die Erstreckung auf weitere Gebiete der Stadt, die im Moment noch durch Gebietsänderungsverträge von der Satzung ausgeschlossen sind.

Von **Herrn Ehm, CDU-Fraktion**, wurde der **Antrag** gestellt, die Satzung **ausschließlich für das Jahr 2008** zu beschließen und nicht für die Folgejahre.

Frau Beigeordnete Nußbeck gab zu bedenken, dass dann in jedem Jahr neu beschlossen werden müsse.

Dem Antrag von Herrn Ehm schlossen sich **Herr Dreibrodt** und **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, an. Herr Dreibrodt berichtete, in Roßlau wurde in jedem Jahr neu beschlossen. Ihn persönlich störe es auch, dass erst 2011 eine Ausdehnung der Satzung auf alle Stadtgebiete erfolgt.

Gegen den Antrag sprach sich **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, aus. Man sollte die Satzung wie vorliegend beschließen und bei anstehenden Änderungen neu beschließen. Ein Änderungsgrund der bisherigen Verfahrensweise erschließe sich ihm nicht.

Herr Bürgermeister Gröger führte aus, es sei nicht so, dass die Verwaltung nicht in jedem Jahr den Beschluss der Satzung herbeiführen möchte. Er merkte an, dass Unternehmen und solche, die sich hier ansiedeln wollen, Rechtssicherheit brauchen und wenn wir nicht sagen können, welche Bedingungen im nächsten Jahr vorliegen, sei dies nicht förderlich.

Auf Nachfrage von Herrn Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, erklärte **Frau Beigeordnete Nußbeck**, die Festsetzung des Hebesatzes sei notwendig. Des Weiteren habe man die Erstreckungssatzung. Hier gehe es um die Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, ergänzte, die Einnahmen seien bis 2015 gerechnet.

Ein gefasster Beschluss werde grundsätzlich durch einen Folgebeschluss aufgehoben, betonte **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**. Ihm erscheine die von der Verwaltung vorgeschlagene Beschlussvariante plausibel, weil sie auf anderer Ebene deutlich macht, dass die Stadt bemüht ist, ihr Finanzaufkommen zu verbessern und Forderungen zu erfüllen.

Andererseits werde dem Bürger signalisiert, was auf ihn zukommt. Er plädierte ausdrücklich für die Beschlussvorlage.

Wenn man von Ansiedlungen und Investoren rede, könne man bei diesen Sätzen nicht von Investorenfreundlichkeit reden, merkte **Herr Ehm** an. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei man hier ohnehin nicht konkurrenzfähig. Er habe nicht von Investorenfreundlichkeit gesprochen, erwiderte **Herr Bürgermeister Gröger**, es gehe um Sicherheit, die man den Unternehmen geben muss.

Sie hätten die Sicherheit und die Linie ist ihnen durch das Konsolidierungskonzept bekannt, bekräftigte **Herr Ehm**. Er wolle mit dem Antrag deutlich machen, dass der Wille da ist, den Haushalt zu konsolidieren, aber nicht in Richtung der Steuern.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke., erklärte, die Herangehensweise als falsches Signal zu sehen. Die Bevölkerung werde mit Unverständnis danken. Seine Fraktion wolle das adäquat mit dem Haushalt entwickeln. Aber jetzt seien noch zu viele Fragezeichen da. Auf Nachfrage von **Herrn Oberbürgermeister Koschig**, ob eine Zustimmung vorliege, für 2008 die Hebesätze zu verabschieden, entgegnete Herr Schönemann, man sehe es im Zusammenhang mit dem Haushalt. Die Diskussion sollte fortgeführt werden, er sehe es im Komplex.

Über die Erstreckungssatzung müsse man noch einmal diskutieren, legte **Herr Dreibrodt**, SPD-Fraktion, dar. Seiner Meinung nach sei das nicht gänzlich geklärt, deshalb sei diese Vorlage auch nicht in Gänze zu beschließen.

Was darin steht, ist Beschlusslage, betonte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Was für Brambach und Rodleben gelte, sei abgestimmt. Bei Roßlau sehe sie die Differenzen nicht. Es sei nicht so, dass gesagt wurde, Steuererhebungen sollen letztes Mittel sein. Beschlusslage ist, dass andere Möglichkeiten zu suchen sind, bevor Unternehmen veräußert werden. Zur Realisierung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes müsse mit der Hebesatzung begonnen werden.

Der Antrag der CDU sei nachvollziehbar und bringe die Kommune ein Stück weiter, merkte **Herr Eichelberg** an. Man werde sehen, wie sich die Konsolidierung weiter entwickeln wird.

In Anlehnung an den Antrag unterbreitete **Herr Giese-Rehm** den Vorschlag, den Text wie folgt zu ändern: Ersatzlose Streichung der Paragraphen 2, 3 und 4. Paragraf 5 wird § 2.

Herr Oberbürgermeister Koschig brachte den **Antrag der Fraktion der SPD** (Wortlaut wie von Herrn Giese-Rehm vorgeschlagen) zur Abstimmung. Er wurde mit 5:2:3 Stimmen **angenommen**.

Die Vorlage wurde in der geänderten Fassung abgestimmt und beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7:2:1

6.4 Zeitweise Bestellung eines Hochwasserausschusses Vorlage: DR/BV/168/2007/I-30

Zu der Anregung von **Herrn Giese-Rehm**, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, die Zahl der sachkundigen Bürger in den beratenden Ausschüssen zu erhöhen, merkte **Frau Beigeordnete Nußbeck** an, die Gemeindeordnung schreibe vor, dass die Anzahl der sachkundigen Bürger immer eine Zahl niedriger sein müsse, als die der Stadträte. **Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes**, ergänzte, jede Fraktion kann entsprechend ihrer Stärke Personen benennen, ihnen obliegt das Vorschlagsrecht.

Darüber hinaus stehe es dem Ausschuss frei, für einzelne Sitzungen und Themen sachkundige Bürger einzuladen, merkte **Herr Oberbürgermeister Koschig** an.

Der Hauptausschuss stimmte der Bildung eines zeitweiligen beratenden Ausschusses für Hochwasserschutz zu.

Abstimmungsergebnis: 9:0:1

6.5 Berufung sachkundiger Einwohner für den Hochwasserausschuss Vorlage: DR/BV/169/2007/I-30

Herr Oberbürgermeister Koschig gab die vorliegenden Meldungen zur Besetzung des Hochwasserausschusses bekannt. Fehlende Angaben wurden durch die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses gemacht.

Der Ausschuss soll demnach wie folgt besetzt werden:

CDU-Fraktion Herr Lothar Ehm
sachkund. Bürgerin: Frau Christiane Nöthen

Fraktion Die Linke. Herr Ralf Schönemann
sachkund. Bürger: Herr Roland Herrmann

SPD-Fraktion Frau Angelika Storz
sachkund. Bürger: Herr Ralf Porsche

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM
Herr Hans-Georg Otto
sachkund. Bürger: Herr Dr. Gerd Möbius

Fraktion Bürgerliste/Die Grünen Herr Stefan Giese-Rehm
sachkund. Bürger: (wird nach Rücksprache benannt)

FDP-Fraktion Herr Rainer Maloszyk

Der Vorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

6.6 Gutachten zum Bau einer Spielscheune in Rodleben
Vorlage: DR/BV/204/2007/ÖVR

Herr Bürgermeister Gröger teilte mit, dass der Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt der Vorlage am 09.10.2007 bei 5:0:0 Stimmen mit folgender Änderung bzw. Ergänzung zugestimmt hat:

- 1) Die Beauftragung und fachliche Begleitung des Gutachtens erfolgt durch das Dezernat für Bauwesen und Umwelt
- 2) Die Ergebnisse des Gutachtens werden dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vorgelegt.

Der Hauptausschuss stimmte dieser geänderten Vorlage zu.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde geschlossen.

Dessau, 23.10.07

Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Baumer
Schriftführerin